

USA setzen Diversity-Verbot durch: Proteste in Spanien und Europa!

US-Proteste gegen Diversitätsverbote unter Trump: Globale Auswirkungen, rechtliche Herausforderungen und Unternehmensreaktionen.



Vienna, Österreich - In den USA nehmen die Proteste gegen die Politik von Präsident Donald Trump zu, die sich negativ auf die Vielfalt und die Rechte von Frauen, Migranten sowie queeren Menschen auswirkt. Ein zentrales Anliegen der aktuellen Regierung ist die Durchsetzung neuer Vorschriften, die die Diversitätsprogramme bei globalen Geschäftspartnern der USA einschränken. Diese Vorgaben wurden per Erlass von Trump erlassen und an lokale Zulieferer kommuniziert, die mit US-Botschaften Verträge abschließen möchten. Die US-Botschaft in Madrid hat deutlich gemacht, dass alle Verträge im Einklang mit den neuen Anti-Diskriminierungsgesetzen stehen müssen, was bedeutet, dass Lieferanten keine Programme unterstützen dürften, die Vielfalt, Gleichstellung und Inklusion fördern. Dies

wird als erheblicher Eingriff gegen bestehende gesetzliche Rahmenbedingungen angesehen, wodurch Ermittlungen durch lokale Behörden möglich werden.

Wie die Zeitung **LTO** berichtet, betrifft diese Vorgabe nicht nur spanische Unternehmen, sondern auch Firmen in Frankreich. BMW zum Beispiel erhielt einen Fragebogen von der US-Botschaft in Bulgarien, nachdem das Unternehmen Autos an die Botschaft verkauft hatte. Auf die neue Situation reagierte BMW und stellte klar, dass Vielfalt und Talente eine Stärke des Unternehmens seien und dass Diskriminierung inakzeptabel ist.

Widerstand in Europa

Das spanische Arbeitsministerium bezeichnete die US-Vorgabe als „ungeheuerliche Verletzung“ seiner Anti-Diskriminierungsgesetze. Kommunale Reaktionen, wie die des Bürgermeisters von Barcelona, Jaume Collboni, verdeutlichen die Ablehnung dieser Regeln. Er sprach von einer „reaktionären Lawine“, die drohe, bestehende Fortschritte in der Gleichstellung zu untergraben. Unternehmen, die den Richtlinien der US-Botschaften nachkommen, setzen sich somit rechtlichen Risiken in ihren lokalen Märkten aus.

Zusätzlich zu den internationalen Vorgaben hat Trump auch zahlreiche innerhalb der USA gerichtete Maßnahmen ergriffen. Seit seinem Amtsantritt hat er diverse Dekrete erlassen, die darauf abzielen, Diversitätsprogramme, die Chancengleichheit für unterrepräsentierte Gruppen bieten sollen, abzubauen. Dies betrifft nicht nur die zivile Arbeitswelt, sondern auch das Militär und den Sport. Transgender-Personen wurden aus dem Militär ausgeschlossen, und es wurden Maßnahmen ergriffen, die es trans Menschen nicht erlauben, im Frauensport teilzunehmen. Diese Aktionen stehen im Einklang mit der politischen Agenda der Republikaner, die sich gegen Diversitätsinitiativen wendet.

Rechtliche und gesellschaftliche

Konsequenzen

Rechtliche Angriffe auf Diversitäts- und Inklusionsprogramme nehmen zu. Juristische Versuche, diese Programme abzuschaffen, sind jetzt weit verbreitet und erreichen auch immer mehr private Unternehmen. Laut **Zeit** haben Unternehmen wie Ford, Meta und McDonald's bereits damit begonnen, ihre DEI-Programme abzubauen, um sich rechtlichen Risiken zu entziehen. Statistiken zeigen, dass Frauen, insbesondere schwarze Frauen, im Bereich der Start-up-Gründungen stark unterrepräsentiert sind, was die Auswirkungen dieser Politik verstärkt. Schwarze und lateinamerikanische Gründerinnen erhielten 2022 lediglich 0,1 % des Venture Capital-Fundings, was ihre Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Teilhabe erheblich einschränkt.

Durch die Kombination aus politischen Maßnahmen und gesellschaftlichen Widerständen ergibt sich eine komplexe Situation, die das Spektrum der Gleichstellung in der US-amerikanischen Gesellschaft erheblich beeinflusst. Das Ende von Diversitätsprogrammen könnte weitreichende Folgen haben, die sich auf Unternehmen, Arbeitnehmer und die Gesellschaft als Ganzes auswirken.

Details	
Vorfall	Proteste
Ursache	US-Vorgaben, Diskriminierung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.zeit.de • www.lto.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at